

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2025 / Ausgabe 168 – 15. Juli 2025



In dieser Ausgabe:

Keine Einigung auf Verfassungsrichterin

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Start der Politikwende

Seriosität statt Klamauk

Meine Rede zum Haushalt

Sommergruß

**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

bei aller Freude über den Wahlsieg der Union im Februar muss ich doch eingestehen, dass das Ergebnis der Union nicht gerade begeisternd war. 30 Prozent plus hätten es schon werden dürfen. Das Wahlergebnis der Union bedeutet dennoch einen klaren Auftrag: Die Bürger wollen die Politikwende! Nicht ein bisschen anders, nicht nur rhetorisch neu verpackt – sie wollen eine grundsätzliche Neuausrichtung. Weg von ideologischer Symbolpolitik, hin zu vernunftgeleitetem Handeln, das die Sorgen der Menschen ernst nimmt.

Die illegale Massenmigration unter Kontrolle zu bekommen, ist – neben der Entfesselung der Wirtschaft und der Herstellung unserer Verteidigungsfähigkeit – die wichtigste Aufgabe in dieser Legislaturperiode. Wir müssen wieder handlungsfähig werden – nach innen wie nach außen. Eins ist klar: Herumlavieren bringt uns weder Zustimmung noch Vertrauen zurück.

Lesen Sie außerdem in dieser Ausgabe meines Hauptstadtbriefs, wie mit dem Start einer politischen Neuausrichtung neue Maßstäbe gesetzt werden, warum Seriosität und Sachlichkeit endlich wieder Einzug ins Hohe Haus halten – und was meine erste Rede zum Bundeshaushalt 2025 über Klar-

heit, Prioritätensetzung und neue Verantwortungspolitik aussagt.

KEINE EINIGUNG AUF VERFASSUNGSRICHTERIN

Die Wahl neuer Richter für das Bundesverfassungsgericht gehört zu den wichtigsten Personalentscheidungen des Deutschen Bundestages. In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause sollten drei Kandidaten bestimmt werden. Zwei der vorgeschlagenen Personen waren weitgehend unstrittig. Bei der von der SPD nominierten Juristin Frauke Brosius-Gersdorf hingegen gab es deutliche Vorbehalte, insbesondere aus Sicht einer christlich geprägten Partei, für die das Lebensrecht und die ethische Verankerung richterlicher Entscheidungen von zentraler Bedeutung sind. Hinzu kamen kurz vor der geplanten Abstimmung öffentlich gewordene Plagiatsvorwürfe gegen Frau Brosius-Gersdorf. In der Folge wurde die Wahl kurzfristig abgesagt.

Frau Brosius-Gersdorf ist in der Tat für viele in der Union und mich persönlich unwählbar. Wenn wir anfangen, unterschiedliche Würdekategorien für die menschliche Person zuzulassen, ist dies eine unheilbare Verletzung des in Artikel 1 GG in Text gegossenen naturrechtlichen Imperativs! Das Gleiche begegnet uns am Ende des Lebens ebenso. „Das ist doch kein menschenwürdiges Leben mehr!“ So oder ähnlich kommt der Wunsch ungeduldiger Erben oder auch schlicht der verzweifelte Wunsch durch jahrelange Pflegeleistung überlasteter Angehöriger daher. Auch wir haben aus Rücksicht auf die linke Seite des Hauses schon einen vorgesehenen Kandidaten zurückgezogen. Das Gleiche erwarte ich vom deutlich kleineren Koalitionspartner

bei unseren fundamentalen Bedenken. Frau Brosius-Gersdorf sollte durch persönliches Zurücktreten von der Kandidatur den Weg freimachen für die Suche nach einem weniger im parteiischen Tagesstreit verfangenen Bewerber.

AUFGABEN UND FUNKTIONEN IM 21. DEUTSCHEN BUNDESTAG

Seit Beginn der neuen Legislaturperiode arbeite ich wieder als ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. Eine Rückkehr mit besonderer Bedeutung: Denn 2013 wurde ich, wegen meiner Kritik an der Eurorettungspolitik, auf Betreiben der damaligen Kanzlerin aus dem Ausschuss entfernt. Wer den Finger in die Wunde legt, macht sich nicht immer Freunde. Aber: Politik braucht Rückgrat, nicht Rücksichtnahme auf parteipolitische Bequemlichkeiten. Der Haushalt ist das Rückgrat der Politik. Wer gestalten will, muss solide finanzieren. Haushälter sind selten beliebt – zu oft heißt es „Nein“ statt „Ja“. Aber genau das ist unsere Aufgabe: zu priorisieren, zu sparen, wo es möglich ist, und dort zu investieren, wo es wirklich nötig ist. Diese Verantwortung nehme ich mit klarem Kompass wahr.

Als Berichterstatter bin ich dort für den Einzelplan des Bundesministeriums des Innern zuständig, was auch viele sicherheitsrelevante Behörden wie Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Bundesverfassungsschutz, aber auch andere große Behörden wie das Statistische

Bundesamt oder das Bundesverwaltungsamt umfasst. Gesellschaftspolitisch relevante Bereiche wie die Bundeszentrale für politische Bildung und der gesamte Bereich der Vertriebenenarbeit gehören ebenfalls dazu. Damit bin ich auch Mitglied im Vertrauensgremium, das die Geheimdienste haushaltsmäßig kontrolliert. Stellvertretendes Mitglied bin ich im Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend und im Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung. Besonders gefreut hat mich die Wahl zum Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in der CDU/CSU-Fraktion. Die Gruppe setzt sich für Fragen des Kriegsfolgerechts, die Rückgabe von Beutekunst, das Vertriebenen- und Aussiedlerrecht, für Anliegen zur Fremdreute (FRG) sowie für die Stärkung kultureller Heimatpflege im Sinne des § 96 Bundesvertriebenengesetz ein. Auch nationale Gedenktage und ein verantwortungsvoller Umgang mit unserer Geschichte gehören zum Aufgabenspektrum der Gruppe dazu.

Ebenfalls wiedergewählt wurde ich zum Vorsitzenden der überfraktionellen Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt, bei der wir jüngst die erste deutsche Frau im All, Rabea Rogge zu Besuch hatten. Die Förderung der deutschen Luft- und Raumfahrt liegt mir seit vielen Jahren am Herzen – als Standortfaktor, als Schlüsseltechnologie, als Beitrag zur wirtschaftlichen Souveränität unseres Landes. Forschung, Entwicklung und industrielle Stärke gehören in diesem Bereich eng zusammen.

Alle mir anvertrauten neuen wie alten Ämter nehme ich mit Demut, Verantwortungsbewusstsein und klarer Haltung an.

START DER POLITIKWENDE

Drei Jahre Ampelchaos haben Deutschland in allen Kennzahlen ans Tabellenende katapultiert. Nachdem die Deutschen über diese Jahre nicht nur eine handwerklich schlechte, sondern auch eine lernunfähige Koalition beim Scheitern beobachten konnten, wurden die Ampelparteien krachend abgewählt und der linken Politik in Deutschland der Stecker gezogen.

Nach den ersten Monaten unter Bundeskanzler Merz ziehe ich ein erstes positives Fazit. Nach 10 Jahren Chaos an den Grenzen und unkontrollierter Massmigration machte sich der neue Bundesinnenminister Dobrindt unverzüglich auf, die Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederherzustellen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Überschritten im Juni 2023 noch 25.000 Asylanten die Grenze, waren es im Juni 2025 nur noch 9.000. Ein Auftakt nach Maß, aber dabei soll es nicht bleiben. Wir wollen die illegale Zuwanderung beenden und an diesem Vorhaben werden wir die nächsten Jahre mit aller Kraft arbeiten. Denn die Überwindung des Migrationschaos bedeutet auch eine Stärkung der inneren Sicherheit.

Auch die Reduzierung der finanziellen Belastung von Bürgern und Unternehmen ist ein zentrales Anliegen, welches wir in dieser Legislatur angehen wollen. Wir haben im Koalitionsvertrag angekündigt, für schnelle Entlastungen um

mindestens 5 Cent pro kWh die Stromsteuer für alle so schnell wie möglich auf das europäische Mindestmaß zu senken sowie Umlagen und Netzentgelte zu reduzieren. In einem ersten Schritt sollen nun die Netzentgelte ab 2026 um 6,5 Mrd. Euro reduziert werden, damit sollen die Stromkosten um bis zu 3 Cent pro kWh sinken. Die nun vorgenommenen Entlastungen sind aber nur der erste Schritt, weitere müssen definitiv folgen. Im Koalitionsvertrag wurde allen Verbrauchern eine spürbare Entlastung versprochen. Deshalb gilt: Nachbessern! Die Stromsteuer muss für alle runter. Nach meiner Überzeugung wäre eine echte, flächendeckende Stromsteuersenkung leicht finanzierbar, etwa durch die Abschaffung des Bürgergelds in seiner jetzigen Form.

Immerhin konnten wir erreichen, dass die Gasspeicherumlage in Höhe von 3,4 Milliarden Euro abgeschafft wird – eine spürbare Entlastung für Verbraucher und Unternehmen gleichermaßen. Über weitere Entlastungen werden wir wie geplant in den nächsten Wochen beraten. Unsere Ziele sind und bleiben die gleichen: Bürger entlasten, innovative Potentiale durch Bürokratieabbau freisetzen, Wirtschaft entfesseln und Wohlstand sichern.

Außenpolitisch hat Deutschland in den vergangenen Jahren viel Vertrauen verspielt. Friedrich Merz hat deshalb einen großen Teil seiner bisherigen Amtszeit darauf verwendet, zerbrochenes außenpolitisches Porzellan aufzukehren und verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Deutschland ist wieder auf der internationalen Bühne zurück. Was

anderen in drei Jahren nicht gelingt, erreicht Merz in nur drei Tagen. Mit Besuchen in Paris, Warschau, Brüssel und Kiew hat Friedrich Merz die Rolle Deutschlands als treibende Kraft in Europa gestärkt und der Europäischen Union neues Gewicht und neues Gehör verschafft.

SERIOSITÄT STATT KLAMAUK

Politische Erfolge sind das eine. Besonders freut es mich aber, dass auch im Bundestag eine Ernsthaftigkeit zurückgekehrt ist, welche ich in den letzten Jahren vermisst habe. Hauptverantwortlich für diesen atmosphärischen Wandel ist die neue Bundestagspräsidentin. Lange Jahre habe ich mit Julia Klöckner eng und vertrauensvoll im Parlament zusammengearbeitet, zuletzt im Wirtschaftsausschuss. Neutralität ist das zentrale Motiv, mit dem die Bundestagspräsidentin die Ernsthaftigkeit im Hause herstellt. Ob unangemessene Kleidung linker Abgeordneter, die nicht einmal wissen, dass man im Plenum keine Kopfbedeckung zu tragen hat, oder unangemessene Zwischenrufe: Durch eine souveräne Sitzungsleitung werden solche Mätzchen schnell unterbunden.

Besonders im Falle der Regenbogenfahne auf dem Reichstag bewies Klöckner wohltuenden Willen zur Neutralität des Bundestages. Diese Fahne wehte in den vergangenen Jahren regelmäßig viel zu häufig und zu lange auf dem Reichstag. Angeblich sei die Farbe ein unideologisches Symbol, doch steht sie tatsächlich für die LGBT-Ideologie, welche auch in der Bevölkerung höchstumstritten ist.

Die Kritik, welche die Bundestagspräsidentin für ihre Entscheidung, die Regenbogenfahne nur noch am 17. Mai, dem internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit, auf dem Reichstag zu hissen, einstecken musste, kann ich daher nicht nachvollziehen. Die Kritiker interpretierten diese Anweisung als einen Kotau vor der erstarkten Rechten im Land. Doch das ist bei näherer Betrachtung nicht zutreffend. Es geht der Bundestagspräsidentin nicht darum, den Kulturkampf von rechts zu führen – es geht ihr aber eben auch nicht darum, den Bundestag von Partikularinteressen vereinnahmen zu lassen. Und so stellt Julia Klöckner verschiedene Dinge richtigerweise fest: Erstens steht es jedem Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung frei, den CSD zu besuchen. Jedoch gebietet das Neutralitätsgebot, dass dies nicht über Sonderurlaub oder während der Arbeitszeit, also steuergeldfinanziert, geschieht. Zweitens ist der Verweis auf das Neutralitätsgebot auch im Falle des CSD richtig. Klöckner betont, dass sie Angriffe auf Schwule und Lesben schärfstens verurteilt. Dennoch gibt es mehr verfolgte Gruppen als Tage im Jahr, sodass eine gleichberechtigte Sichtbarkeit aller Gruppen, gegen die Gewalt angewendet wird, schon praktisch nicht möglich ist.

Folgerichtig betont die Bundestagspräsidentin, dass die Farben unseres Vaterlandes für all diese Werte bereits stehen – und das ohne Partikularinteressen bestimmter Identitätsgruppen extra zu betonen. Wie Klöckner es selbst formuliert: "Wir sind der Deutsche Bundestag, und bei uns weht eine Fahne: Schwarz-Rot-Gold. Sie repräsentiert alles, wofür unser

Grundgesetz steht: Freiheit, Menschenwürde – und eben auch das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. Keine Fahne steht über ihr." Friedrich Merz kommentierte die Causa ebenso treffend: „Der Bundestag ist ja nun kein Zirkuszelt.“ Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

MEINE REDE ZUM HAUSHALT

In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause haben wir im Bundestag über den Regierungsentwurf zum Haushalt 2025 debattiert. Als Berichterstatter im Haushaltsausschuss für den Einzelplan 06, also den Haushalt des Bundesministeriums des Innern, habe ich in meiner Rede entscheidenden Weichenstellungen herausgestellt.

Innere Sicherheit stärken – Polizisten besser schützen

Ein handlungsfähiger Staat zeigt sich dort, wo es die Menschen direkt betrifft – bei der inneren Sicherheit. Deshalb investieren wir gezielt in die Ausstattung unserer Bundespolizei: Für den flächendeckenden Einsatz von Tasern stellen wir 2025 zusätzlich 5 Millionen Euro bereit. Insgesamt steigt der Etat für die innere Sicherheit auf 7,6 Milliarden Euro – ein deutliches Plus von 1,2 Milliarden gegenüber dem Vorjahr.

Migration: Realitätssinn statt Wunschdenken

Auch in der Migrationspolitik ist ein Kurswechsel spürbar. Die Zahl der Asylanträge ist im ersten Halbjahr 2025 deutlich gesunken – ein Beleg dafür, dass entschlossene und realitätsnahe Politik

wirkt. Wer nicht steuert, verliert Kontrolle. Und wer nur zuschaut, verliert Vertrauen. Deshalb setzen wir auf klare Regeln und konsequente Umsetzung. Zugleich war es richtig, die geplanten Kürzungen bei Integrationskursen zurückzunehmen, denn die Kommunen dürfen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden.

Klare Haltung gegen Extremismus und falsche Förderpolitik

Konsolidieren heißt für mich nicht nur, mit dem Geld sorgsam umzugehen. Es bedeutet auch, genau hinzuschauen, wo staatliche Mittel landen. Wir dürfen nicht zulassen, dass mit Bundesmitteln extremistische Strukturen wie die Antifa oder andere linksextreme Netzwerke gefördert werden.

Klartext Richtung Kanzleramt

Und: Ich habe die Gelegenheit genutzt, einen Punkt anzusprechen, der mich maßlos ärgert. Es ist nicht hinnehmbar, dass palästinensische Protestcamps über Wochen hinweg in direkter Nähe von Bundestag und Kanzleramt geduldet werden. Das ist nicht nur ein Sicherheitsproblem, sondern auch ein fatales Signal an alle Juden in unserer Hauptstadt. Mein Appell an alle Fraktionen: Wir sollten ernsthaft prüfen, ob es nicht eine Bannmeile um den Regierungsbereich braucht, um solche Zustände künftig zu unterbinden. Meine vollständige Rede finden Sie hier:

<https://dbtg.tv/cvid/7634108>

SOMMERGRUß

Kurz vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause durfte ich eine Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis in Berlin willkommen heißen. Auf solche Termine freue ich mich immer besonders. Der persönliche Dialog über politische Entwicklungen, Anliegen aus dem Wahlkreis und meine Arbeit im Bundestag ist mir ein großes Anliegen. Das vom Bundespresseamt (BPA) organisierte Besuchsprogramm war wie immer sehr abwechslungsreich: Neben einem Gespräch im Bundestag standen auch Besuche in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sowie in der Taiwanischen Botschaft (Taipeh-Vertretung) auf dem Programm. Sollten Sie auch Interesse an einer Teilnahme haben, kontaktieren Sie gerne mein Wahlkreisbüro.



Für alle, die in diesem Sommer Berlin besuchen, habe ich noch einen besonderen Tipp: Noch bis zum 03. Oktober 2025 lädt der Deutsche Bundestag zur multimedialen Lichtinstallation „Menschen und Parlament – Lebendige Demokratie in Deutschland“ am Marie-Elisabeth-Lüders-Haus ein. Die rund 40-minütige Film-, Licht- und Tonshow erzählt die Geschichte unserer parlamentarischen Demokratie, von 1945 über die deutsche

Teilung bis zur Wiedervereinigung und in die Gegenwart. Die beeindruckende Projektion findet täglich bei Einbruch der Dunkelheit am Spreeufer beim Friedrich-Ebert-Platz statt. Ein Besuch ist kostenlos und lohnt sich sehr.

In Hessen und weiteren Bundesländern haben die Sommerferien bereits begonnen, weitere Länder folgen in den kommenden Tagen. Auch im politischen Berlin kehrt langsam Ruhe ein – die nächste reguläre Sitzungswoche ist für Anfang September angesetzt. Auch wenn die parlamentarische Sommerpause begonnen hat – für uns Mitglieder des Haushaltsausschusses bedeutet das keine wirkliche Pause. Die Beratungen zum Bundeshaushalt 2025 und für 2026 laufen auf Hochtouren. Dennoch werde ich in den kommenden Wochen viel im Wahlkreis unterwegs sein. Und wenn es der Terminkalender erlaubt, freue ich mich auch auf ein paar freie Tage mit meiner Familie.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine erholsame und sonnige Sommerzeit. Genießen wir diese besondere Jahreszeit – ob am Meer, im Grünen, auf den zahlreichen Weinfesten oder den vielen Kerben oder Kirmessen im Wahlkreis. Sollten wir uns dabei begegnen, sprechen Sie mich gerne an! Der persönliche Austausch mit Ihnen, den Bürgern im Rheingau, Untertaunus, Idsteiner Land, Goldenen Grund, Limburg oder im Westerwald ist mir immer ein großes Anliegen. Meine Termine finden Sie auf meiner Homepage unter <https://www.klaus-peter-willsch.de/termine/>.

Herzlichst Ihr

Klaus-Peter Willsch

Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de. Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook/Instagram

Ihnen gefällt mein Hauptstadtbrief und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook und Instagram zu folgen.

www.facebook.com/klauspeter.willsch
www.instagram.com/klauspeterwillsch

Kontakt

Büro Berlin

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
klaus-peter.willsch@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstr. 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de